

# Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundpreis: Nr. 22 mm breite mm-Zeile im Einzelenteil 14 R.-Pf., Nr. 29 mm breite mm-Zeile im Tegetteil 1,10 R.-Pf. nach Stoffel D. Anzeigenpreisliste Nr. 2. Briefgebühren für Zuschriften 30 R.-Pf. auschl. Porto. Für Einlieferung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch 2,00 R.-M. Boten ins Haus monatlich. Postbezug für den Monat 2,00 R.-M. einschließlich 0,46 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Streifenabonnements: für die Woche 1,00 R.-M. Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Postadresse: Dresden-N. 1. Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981-27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Viktorstr. 1a; Fernruf: Kurfürst 9361-9366  
Postfach: Dresden 2040 - Nachverlangte Einsendungen ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Ersatz des entsprechenden Anzeigens

Nr. 195 x

Donnerstag, 25. August 1934

42. Jahrgang

## Deutschland und die Regierung Schuschnigg

Schuschnigg von Florenz wieder abgereist - Aufruf an die Saarländer im Reich - Unterredung mit Goering

### Suvich über Florenz

Kein „unangebrachter Besuch“ Schuschniggs bei Suvich  
× Paris, 22. August

Ein nach Florenz entlassener Sonderberichterstatter des „Mail“ hatte Gelegenheit, mit dem italienischen Unterstaatssekretär Suvich zu sprechen. Suvich erklärte: Die Beziehungen von Florenz haben lediglich die klare, gradlinige Haltung Italiens in der österreichischen Frage und die unter Tschakaloff anerkannte enge Zusammenarbeit beider Länder betitelt. Die Weite der Zusammenarbeit ist vor allem ein Akt der Solidarität, der in unserem Lande hoch geschätzt wird. Er beweist, daß die Politik beider Länder in vertrauensvollem Einvernehmen verläuft. Auf die Frage, ob man an die Notwendigkeit gedacht habe, die bereits bestehenden Abkommen vor allem im Sinne einer militärischen Zusammenarbeit zu erweitern oder zu ändern, erwiderte Suvich: keine dergleichen, es ist von keinem neuen Pakt und von keinem neuen Abkommen gesprochen worden. Unser Ziel ist, die bestehende Zusammenarbeit zu vertiefen, aber nicht zu ändern. Als wir Tschakaloff in der österreichischen Frage an die Zusammenarbeit hatten, hatten wir diesbezüglich kein Sonderabkommen mit Österreich getroffen. Wir haben entsprechend der gegebenen Notwendigkeit und unserer Überzeugung, der Sache des Friedens zu dienen, gehandelt. Suvich bekräftigt, daß die Frage der

einer militärischen Zusammenarbeit

Wiedereinrichtung der Sudetengrenze geprüft worden sei. Man habe sie in keiner Weise aufgeworfen oder erörtert. Die italienische Regierung sei mit der österreichischen Regierung der Auffassung, daß diese Frage nicht aktuell sei. Schuschnigg habe nach Wien gehen und mit der österreichischen Politik zu tun. So sei klar, daß der Bundeskanzler, wenn er am frühen Nachmittag in Florenz politisierte, wo sich die Gesandtschaften der beiden Länder befanden, dort einen unangebrachten Besuch zu machen. Auf den Einwand, daß aber doch

Wiedereinrichtung der Sudetengrenze

gehandelt habe, daß österreichische Volk würde einer Wiederherstellung der Souveränität nicht ungenügend gegenüberstehen, erwiderte Suvich: Der Bundeskanzler hat in einem Interview erklärt, daß die Restauration in Österreich keine aktuelle Frage sei. Er sagte dazu, daß das Volk, wenn es zwischen Suvich und Tito von Wahlmöglichkeit zu wählen hätte, sich in der Mehrheit für die zweite Alternative (1) aussprechen würde, daß aber die Frage, zwischen nationalsozialistischem Regime und Restauration zu wählen, sich glücklicherweise heute nicht stelle. Österreich ist unabhängig und will unabhängig bleiben. Wir werden ihm nach besten Kräften dabei helfen.

Dürk Starobinski

gelaut habe, daß österreichische Volk würde einer Wiederherstellung der Souveränität nicht ungenügend gegenüberstehen, erwiderte Suvich: Der Bundeskanzler hat in einem Interview erklärt, daß die Restauration in Österreich keine aktuelle Frage sei. Er sagte dazu, daß das Volk, wenn es zwischen Suvich und Tito von Wahlmöglichkeit zu wählen hätte, sich in der Mehrheit für die zweite Alternative (1) aussprechen würde, daß aber die Frage, zwischen nationalsozialistischem Regime und Restauration zu wählen, sich glücklicherweise heute nicht stelle. Österreich ist unabhängig und will unabhängig bleiben. Wir werden ihm nach besten Kräften dabei helfen.

### Gegen die Arbeitslosigkeit

× Dresden, 22. August

In Hamburg hat der Führer das Gedächtnis erneuert, nicht zu ruhen, bis die Arbeitslosigkeit überwunden ist. Die Verwirklichung dieses Zieles fordert, daß endlich auch in die Verwirklichung der heute noch brachliegenden Arbeitskräfte Einwirkung kommt und zu dem Zwecke das Arbeitsamt in die Befugnis der offenen Stellen eingeschaltet wird. Daher ist es zwingendes Gebot für alle Betriebsleiter:

1. Sämtliche freierwerdende Stellen fortlaufend dem Arbeitsamt zu melden;
2. jede unzulässige Vermittlung von Arbeitslosen durch andere Stellen abzulehnen;
3. Einstellungen nur unter Mitwirkung des Arbeitsamtes vorzunehmen, d. h. Arbeit nur abzunehmen, wenn sie nicht den Zusetzungsbescheid des Arbeitsamtes vorliegen;
4. den Vorschlägen des Arbeitsamtes für die Beschäftigung der Stellen jedes nur mögliche Entgegenkommen zu erweisen.

Betriebsleiter, die sich dieser Verpflichtung entziehen, verstoßen sich den Erfordernissen der Arbeitslosigkeit und verstoßen sich auf der nationalsozialistischen Auffassung. Die unterzeichneten Stellen werden die Befugnis dieser Maßnahmen unter Einwirkung ihrer ganzen Kraft sofort ausüben.

NSDAP-Arbeitsleitung Dresden

(Ges.) Walter

Arbeitsamt Dresden

(Ges.) Dr. Eise

SA-Gruppe Sachsen

(Ges.) Schumann

Industrie- und Handelskammer Dresden

(Ges.) Räder

### Merkwürdige Wiener Forderungen

Was will die österreichische Regierung zur Verständigung tun?

Bericht unserer Berliner Schriftleitung

F. Berlin, 22. August

Die österreichische Presse richtet neuerdings über die Forderung an Deutschland, Österreich für die Beseitigung des Verhältnisses zwischen Österreich und dem Reich zu liefern. Bundeskanzler Schuschnigg selbst hat sich in einer Unterredung mit der Saarländischen Zeitung äußert und behauptet, die Forderung der Beziehungen sei niemals von Österreich ausgesprochen. Diese Behauptung wird durch künftige Wiederholungen in keiner Weise richtig. In Wahrheit liegen die Dinge doch so,

daß die österreichische Regierung im Frühjahr 1934 durch die systematische Verletzung der Nationalsozialisten, durch Massenverhaftungen und Mißhandlungen und nicht zuletzt auch durch die Verletzung der reichsdeutschen Reichsgesetze der Reichsregierung die Aufrechterhaltung normaler Beziehungen unmöglich machte.

Die Verbürgung der Androhung war keine Kampfmassnahme gegen Österreich; sie war nichts anderes als eine notwendige und zum Schutz der Reichsgesetze gezielte unerlässliche Abwehraktion. Gleichzeitige mit ihren Vorwürfen verlangt die österreichische Presse - gewissermaßen als ob sie seinen wollte, wie die verlangten Garantien aussehen sollen - wirtschaftliche Hilfe von Deutschland. Es wird uns vorgeschlagen, den römischen Protokollen vom März dieses Jahres beizutreten. Man erinnert sich bei der Gelegenheit, daß diese römischen Protokolle aus zwei Teilen, einem politischen und einem wirtschaftlichen, bestehen. In dem politischen Teil erklären beide Partner, Italien und Österreich, die gegenseitige Unabhängigkeit anerkennen zu wollen und sich über alle anderen Fragen zu verständigen. Für Deutschland kann ein Beitritt zu dieser Erklärung kaum in Frage kommen, da die österreichische Unabhängigkeit von uns und nie bestritten worden ist. So selbstverständlich ist die Anerkennung und Achtung der österreichischen Unabhängigkeit für uns, so wenig bildet sie in der Tat eine Voraussetzung für das Handeln anderer Länder und nicht zuletzt für die österreichische Regierung selbst.

Österreich sucht fortwährend Rat und Unterstützung bei fremden Regierungen. Seit Jahr und Tag fahren die maßgebenden österreichischen Staatsmänner nach Italien, und Herr Schuschnigg legt diese Lehren, wie sein jenseitiger Besuch in Florenz zeigte, fort.

Die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Österreich ist in den letzten Jahren

gerade von der deutschen Regierung erheblich worden. Wir haben dem österreichischen Reich und mehrfach auch dem ersten österreichischen Reich ein Präferenzabkommen vorgelegt. Österreich hat dieses Abkommen abgelehnt. In dem wirtschaftlichen Teil der römischen Protokolle sind die Beziehungen zwischen Österreich und dem Reich von anderer Seite und unter anderen Voraussetzungen wieder aufgegriffen worden. Sie bildeten im Grunde genommen nur eine Behauptung der Tatsache, daß Österreich selbst in dem gegenwärtigen Zustand des Reiches von 24. Germanien gezielten Zustand ist nicht zu helfen vermag und auf den Reichstag anderer Mächte, in erster Linie aber auf den Reichstag Deutschlands angewiesen ist.

Es ist indes eine sehr unbillige Forderung, daß man von Deutschland verlangt, daß es die Forderungen der österreichischen Regierung zu erfüllen ist. Wir sind nicht imstande, unsere Hilfe zu gewähren, ehe nicht die innere Lage Österreichs sich gebessert und befriedet hat und eine Verständigung zwischen Regierung und Volk eingetreten ist.

Diese Verständigung liegt aber noch in weiter Ferne, solange das Wiener Kabinett gegen seine politischen Gegner mit Todesurteilen und anderen Kriechdräusen Verfolgungen vorgeht. Bundeskanzler Schuschnigg hat sich nach seinem kürzlichem Verbleib, den man auf österreichischer und italienischer Seite als bloßen „Höllentour“ hinstellen möchte, nach Nizza begeben. Hier wird er jedenfalls mit französischen Politikern zusammenkommen.

Das alles sieht nicht gerade nach einer Demonstration der weisesten österreichischen „Unabhängigkeit“ aus, und es ist auch nicht dazu anzusetzen, die Hoffnungen auf eine Verständigungsbereitschaft des Wiener Kabinetts nach innen zu heben.

Der deutsche Standpunkt ist klar. Die Reichsregierung hat durch die Verhältnisse bei dem Zustand des 25. Juli und durch ihren an Herrn Papen erzielten Austritt alles getan, um einem Ausgleich zwischen den beiden Staaten und einer anerkennenden Beziehung der Beziehungen die Wege zu ebnen. Es ist unser gutes Recht, jetzt erst einmal ebenso einseitige politische Beiträge von österreichischer Seite zu erwarten, ehe wir weitere Entscheidungen fällen.

### Mussolinis Hand über Österreich

Telegramm unseres Korrespondenten

× Rom, 22. August

Der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg, hat in Florenz einen so feindlichen Empfang gefunden, wie ihn die betont herzlichen Beziehungen zwischen Rom und Wien erwarten ließen. Mussolini war aus den Herdumwanderern der italienischen Armee gekommen, und gemeinsam mit ihm erwarteten der Generalsekretär der faschistischen Partei, Serrao, Unterstaatssekretär Suvich und andre hohe Würdenträger den österreichischen Gast. In der amüßigen Veranstaltung

über die Unterredung heißt es, daß zwischen Mussolini und Schuschnigg zwei Besprechungen stattfanden, die insgesamt drei Stunden dauerten und in deren Verlauf die beiden Länder interessierenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen besprochen wurden. Es habe sich eine vollständige Übereinstimmung in den Meinungen und Meinungen herausgestellt, was die

„Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des österreichischen Gebietes“

betreffe. Zu dieser Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit gehöre auch die vollständige Autonomie. Die beide ein „aufrichtiges europäisches Interesse“ dar und ein „überaus edles Element“ zur Erhaltung der Ruhe im Saarländchen. Die beiden Staatsmänner hätten ferner in wirtschaftlicher Beziehung

die Möglichkeit der Protokolle von Rom bestätigt, deren Aktionsradius noch geschärft und vertieft werden könne, und sie seien sich darin einig gewesen, daß der Geist der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern weiter erstreckt werden soll. Diese Möglichkeit, die von dem österreichischen Kanzler Tschakaloff begonnen und vertieft worden, würden auch in Zukunft für die Beziehungen zwischen Italien und Österreich maßgebend sein. Der kurze Aufenthalt Schuschniggs in Florenz hat natürlich in erster Linie der demonstrativen Betonung der italienisch-österreichischen Freundschaft gedient. Aber es ist auch kein Geheimnis, daß der italienischen Regierung im Augenblick viel daran gelegen ist, die

Zusammenkunft Frankreichs und der kleinen Entente an der österreichischen Politik

zu erhalten. Zweifellos haben Mussolini und Schuschnigg die Möglichkeit einer „internationalen Annäherung“ ihrer Politik besprochen. Das geht ziemlich eindeutig aus den Betrachtungen der italienischen Presse hervor. Bundeskanzler Schuschnigg hat bereits gestern 17 Uhr Florenz wieder verlassen. Er begab sich über Genua nach Nizza, von wo er nach Wien zurückkehren wird.

(Siehe auch die Meldung auf Seite 2)

### Faschistische Außenpolitik

Von unserem Korrespondenten

Rom, im August 1934

In der von Graf Ciano herausgegebenen Reihe von „Aufsätzen zur Politik“ ist in der zweiten Ausgabe einer Arbeit von W. G. Ciano über die faschistische Außenpolitik erschienen. Das ist ein Buch, dessen Inhalt nach die ersten Monate dieses Jahres behandelt, vertritt im gegenwärtigen Augenblick nicht nur die Journalisten und Historiker, sondern bei allen politisch interessierten deutschen Kreisen die größte Bedeutung. Denn aus der vorurteillosen, historischen Darstellung der Ziele und Methoden der faschistischen Außenpolitik erhellt sich auch dem den Ereignissen nachfolgenden das Verhältnis zur Welt, die die italienische Außenpolitik in den letzten Wochen in einer gerade in Deutschland überraschenden Weise gewonnen hat. Verhältnis im Sinne von Erfassung der Bewegung, nicht aber Willkür der Ziele.

Ciano schildert die italienische Politik als den höchsten Versuch der Beherrschung des Mittelmeeres, wobei er die Küsten des Mittelmeeres nur als Ausgangspunkt für die Durchdringung des Mittelmeeres ansetzt. Er zeigt im einzelnen auf, wie der Italiener in den einzelnen Zonen dieses weiten Gebietes mit Verstand und Intelligenz, weitestgehendem Verstand und Verstand, das Ziel erreicht hat. Nacheinander wird so das Arabien, die Türkei und Griechenland, die Balkanländer mit ihren türkisch-griechischen Verflechtungen, im arabischen Kleinasien, in Afrika mit seinen weitestgehenden Beziehungen zu England und Japan, in Nordafrika mit dem Maghreb und den lateinischen Anlehnungen in Frankreich, in Südostasien und im Zusammenhang damit die Stellung Italiens zu den europäischen Großmächten skizziert. In einem weiten Rundblick eröffnet sich vor dem Leser das Panorama der nach außen gerichteten Wirklichkeit Italiens. Einige der von Ciano im Zusammenhang behandelten Probleme haben wir an dieser Stelle in Kürze dargestellt; in den italienisch-französischen Beziehungen in Nordafrika und in der italienischen Politik in Albanien.

Besonders hervorgehoben werden müssen zur Zeit aber diejenigen Zonen des Mittelmeeres, die sich auf die italienische Politik in Südosteuropa und insbesondere in Österreich beziehen. Sehr richtig führt der Verfasser aus, daß die einseitige Verlagerung des Schwerpunkt der italienischen Aktivitäten auf einen bestimmten Gebietsbereich der italienischen Einflussgebiete notwendig zum Kampfe und zur Schwächung in anderen Positionen führt. Diese schon im allgemeinen für das außenpolitische Verhalten jedes Großstaates zutreffende Feststellung hat für die vielfältigen Beziehungen der italienischen Politik ihre besondere Bedeutung.

Denn wir erleben zur Zeit, in der Rom mit allem Nachdruck seine Position in Österreich verteidigt, Niederlagen der faschistischen Außenpolitik an allen anderen Fronten. Nicht nur das kleine, aber in seiner geographischen Lage wichtige Albanien, nicht nur Bulgarien entfallen dem italienischen Einfluß, sondern auch die Türkei und Griechenland gehen gemeinsam eigene Wege, nachdem sie ursprünglich erst durch die Vermittlung Mussolinis zusammengeführt wurden. Der Weg nach an Jugoslawien nimmt neuerdings wieder scharfe Formen an, und von der geflochtenen Kollaboration des Welches der kleinen Entente kann weniger die Rede sein denn je zuvor. Die Beziehungen zu Moskau sind nicht mehr so gut wie früher. Über diese Tatsachen vermag auch die Behauptung der vollen Kriegsbereitschaft und Kampflustigkeit und die demonstrativen Freundschaftsbezeugungen nicht hinwegzutäuschen.

Das alles ist kein zufälliges Zusammenreffen. Italien hat durch die übertriebene Betonung seines Willens in Südosteuropa alle seine Gegner sehr zusammengeführt, als es französische Überredungskünste zu verwerfen hat. Es hat schließlich seinen Freunden Ungarn und Bulgarien wieder diejenigen wirtschaftlichen und politischen Hilfen gewährt können, die diese gedrückten kleinen Völker seit Jahren von ihrer engen Beziehung zu dem mächtigen Bundesgenossen in Rom erhofften, so daß Bulgarien nun doch eine Verständigung und Verbesserung seiner Lage der Jugoslawien sucht und Ungarn in wirtschaftlicher Beziehung seine Interessen bei dem deutschen Rieseher besser gewahrt sieht. Ja, mehr noch! Auch Rom ist in der österreichischen Frage zum Vorkämpfer und